

Mehr in die Mitte gerückt: das neue CDU-Grundsatzprogramm

Von Peter Helmes

„Volkspartei der Mitte“

Die Ära Merkel scheint abgehakt – wie Merkel selbst, die sich zunehmend als Fremdkörper in der CDU gibt (siehe Austritt aus der Konrad Adenauer-Stiftung). Mein Beileid hält sich in sehr engen Grenzen. Die „neue“ CDU beginnt jetzt aber gar nicht erst damit, Wunden zu lecken, sondern greift mit Fr. Merz und C. Linnemann die Herausforderungen beherzt auf. Ich wage keine Prophetie, aber für mich stellt es sich zunehmend so dar, daß Merkel eine Figur der Vergangenheit ist – zumindest in der CDU.

Und das ist jetzt neu – und klar eine Folge Merkelscher Schleierpolitik: Die CDU versucht sich als die wahre Partei der Zeitenwende zu präsentieren. Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms schlägt auf zentralen Politikfeldern Richtungsänderungen vor, zu denen die mit sich selbst ringende Fortschrittskoalition nicht willig oder nicht fähig ist. Darunter sind Punkte wie etwa die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die bei den wenigsten Deutschen Begeisterungstürme hervorrufen werden. Doch dürfte es auch Bürger geben, die es zu schätzen wissen, daß ihnen eine Partei schon in der Opposition reinen Wein einschenkt.

Und wie ehemals sieht sich die CDU plötzlich wieder als „Volkspartei der Mitte“ mit christsozialen, liberalen und konservativen Wurzeln. In dem Entwurf des Grundsatzprogramms spiegelt sich die vom Parteichef Merz und seinem Generalsekretär Linnemann verfolgte Neuausrichtung hin zu einer klarer erkennbaren Partei der rechten Mitte wider.

Der Programmentwurf macht klar, wohin bei der CDU die Reise gehe. Da sind beispielsweise zu nennen:

- Bekenntnis zu den christlichen Grundlagen,
- deutsche Leitkultur,
- härterer Kurs gegenüber Migranten,
- Forderung nach einem Bekenntnis zum Grundgesetz für Zuwanderer,
- klares Ja zur Schuldenbremse,
- Arbeit soll sich lohnen,
- Energiewende auch mittels Atomkraft

Das neue Programm ist konservativer und kantiger als bisher. Vor allem vollzieht es die Abkehr vom Mitte-Links-Kurs Merkels, als die CDU zwar dauerregierte – aber die CDU bei nahezu jeder Wahl Stimmen verlor –, der Staat sich vor allem in der Migrationspolitik aber machtlos und taub stellte. Das manifestiert sich in einem Schlüsselsatz des CDU-Programms. Aus dem schönen, aber in seiner Pauschalität naiven Wort des Bundespräsidenten Wulff, der Islam gehöre zu Deutschland, formt die Union nun eine klare Ansage:

„Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.“ Diese Aussage ist richtig, ebenso wie ihr Umkehrschluß. Diese Klarheit setzt sich auf vielen Feldern fort – Finanzen, Sicherheitspolitik, Energie. Auch daß die CDU wieder von Leitkultur redet, ist nicht „rechts“, sondern spricht der bürgerlichen Mitte aus dem Herzen.

Klarer Kurs in der Migrationspolitik

Die Flüchtlingskrise ab 2015 war eine Folge des großen Kontrollverlustes Merkels. Demgegenüber setzt die CDU jetzt auf die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Migration.

„Wir wollen einen Stopp der unkontrollierten Migration und eine Begrenzung der humanitären Migration auf ein Maß, das die Integrationsfähigkeit Deutschlands nicht überfordert und zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht wird“,

heißt es. Erreicht werden soll das neben einem verbesserten Schutz der EU-Außengrenzen vor allem durch die Durchführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten außerhalb der EU. Es ist verdienstvoll, daß die CDU diese bisher (gelebte) Marktlücke auf eine Weise schließt, die jedenfalls über verfassungsrechtliche Zweifel erhaben ist.

Eine ähnliche Wende zeigt sich in der Energiepolitik:

Unter dem Eindruck des Reaktorunglücks im japanischen Fukushima beschloß Merkel 2011 den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie. Die letzten deutschen Kernkraftwerke gingen im April dieses Jahres vom Netz. Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms deutet hingegen einen Wiedereinstieg in die Atomenergie an.

Denn Deutschland könne „zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten“.

Die CDU setzt bei der Gesamtenergieversorgung auf „Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung“. Dazu gehören laut dem Entwurf Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation sowie Fusionskraftwerke. „Wir wollen den weltweit ersten Fusionsreaktor bauen.“

Die CDU rückt wieder nach rechts: in Trippelschritten zwar, aber immerhin. Es ist der überfällige Beginn einer Kurskorrektur.

Unter der Führung Angela Merkels war aus der einst dominanten bürgerlichen Kraft eine Zeitgeist-Partei geworden, die von SPD und Grünen kaum noch zu unterscheiden war. Unter Friedrich Merz könnte sich das ändern – wenn die Partei ihn läßt und wenn ihn selbst nicht der Mut verläßt.

Mit den Eckpunkten des neuen Grundsatzprogramms ist die stärkste deutsche Oppositionspartei erkennbar bemüht, eine Alternative zum linken Mainstream des Landes im Allgemeinen und zur Politik der Ampelregierung im Besonderen zu formulieren. Manches ist klar konzipiert, anderes riecht ein wenig nach Etikettenschwindel, aber in der Summe dürfte dieses Papier den politischen Wettbewerb beleben. Gut so.

„Rechts“ ist kontaminiert

Weil „rechts“ in der Bundesrepublik ein kontaminierter Begriff ist und viele Leute nicht mehr in der Lage sind, zwischen rechts, rechtsradikal und rechtsextrem zu unterscheiden, würden die meisten Autoren, die an dem rund 70-seitigen CDU-Papier mitgearbeitet haben, den ersten Satz dieses Kommentars wohl zurückweisen. Rechts? Gott bewahre! Man bleibe, was man immer schon gewesen sei: christlich-sozial, liberal und konservativ. Trotzdem stimmt der Befund. Der Text ist ein – moderater, keineswegs radikaler – rechter Korrekturversuch.

(Persönliche Anmerkung des Autors: Ich habe in meinem mehr als 65-jährigen politischen Engagement trotz vieler zuweilen tief unter die Gürtellinie zielenden Angriffen nie einen Hehl daraus gemacht, „rechts“ zu sein.)

Erwartbare und wohlfeile Kritik

Viele Vorschläge werden bei den möglichen künftigen Koalitionspartnern nicht auf Gegenliebe stoßen. Und so stößt der Entwurf für das CDU-Grundsatzprogramm sofort auf Kritik.

Islamverbände haben die Passagen zu Muslimen im Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm erwartungsgemäß kritisiert. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Mazyek, warf der CDU vor, mit der Formulierung „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“ am rechten Wählerrand zu fischen. Auch der deutsche Islamrat kritisierte die Passage. Solche Diskussionen seien ausgrenzend, führten zu Verwirrung und erschwerten die Identifikation der Muslime mit Deutschland, sagte dessen Vorsitzender Kesici.

Nach Ansicht des Politologen Jürgen Falter ist der Satz „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“ taktisch gut gewählt. Er sagte im Dlf, mit Blick auf die CDU-Wähler dürfte dies mehrheitlich auf Zustimmung stoßen. Es gehe hierbei nicht um christliche Werte, sondern um ein Bekenntnis zu unserer Verfassung. Falter spricht von einer Verschiebung zum Konservativeren hin. Hierbei vollziehe die CDU etwas, das „in der Gesellschaft bereits erfolgt ist“, wenn man sich die Umfragen ansehe.

Wer sagt, der Islam gehöre dazu, so wie es die Christdemokraten Wolfgang Schäuble und Christian Wulff einst getan haben, der sagt auch: Die Scharia gehört dazu. Gläubige Muslime kennen in der Regel keine Trennung von Kirche und Staat. Man kann aber nicht beides haben: islamisches Recht und einen liberalen Rechtsstaat. Man muß sich entscheiden. Ein westliches Land kann Muslimen ein Bekenntnis zu liberalen Werten abverlangen. Es muß das sogar tun, wenn der Anteil der Muslime an der Bevölkerung stetig wächst.

Bekenntnis zur Leitkultur

Auch an anderen Stellen geht das Papier der CDU in die richtige Richtung, gerade auch im Bekenntnis zur Leitkultur. Zu ihr gehören aus CDU-Sicht unter anderem die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen, der Rechtsstaat, Respekt und Toleranz. Diese Leitkultur müsse von allen, die in Deutschland leben wollten, ohne Wenn und Aber anerkannt werden, heißt es in dem Entwurf. Die Leitkultur solle den Zusammenhalt der Gesellschaft sichern.

Es rückt zudem die Forderungen der Mehrheitsgesellschaft an Migranten ins Zentrum und nicht deren Forderungen an den Staat, angefangen beim verpflichtenden Spracherwerb schon im Vorschulalter. Es plädiert für eine robuste Asylpolitik mit Verfahren in sicheren Drittstaaten.

Und es gibt der Mehrheit eine Stimme, die Genderdeutsch als elitären Unfug ablehnt.

Es bekennt sich zur Kernenergie (auch wenn eine deutsche Renaissance sehr unwahrscheinlich ist).

Auch die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch sieht im Entwurf den Wunsch der CDU, ihr Profil zu schärfen und sich hin zum Konservativeren zu bewegen. Münch sagte ebenfalls im Deutschlandfunk, es handele sich aber keineswegs um den Versuch, die AfD nachzuahmen. Es sei vielmehr eine Rückbesinnung auf Themen und Positionen, die vernachlässigt worden seien.

Kritik auch an den Vorschlägen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Weitere Kritik gibt es an den Vorschlägen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in dem Entwurf. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Schneider, sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, in einer Zeit, in der immer mehr Teile der Bevölkerung Abstiegsängste hätten, sei das Papier denkbar ungeeignet, die Menschen zu beruhigen. Das Gegenteil sei der Fall: Der Angriff auf die gesetzliche Rentenversicherung und das Bürgergeld sei kaum zu übersehen. Damit würden „Grundpfeiler“ des Sozialstaats zur Disposition gestellt. (Von Herrn Schneider wäre jede andere Kritik unvorstellbar. Der Mann kann einfach nicht anders.)

Der Entwurf sieht unter anderem vor, daß die Rente durch eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersversorgung ergänzt wird. Das Renteneintrittsalter soll an die Lebenserwartung angepaßt werden. CDU-Generalsekretär Linnemann wies darauf hin, dies bedeute nicht automatisch, daß das Renteneintrittsalter damit angehoben werde, da die Lebenserwartung derzeit eher stagniere.

Bekanntnis zu Deutschland als „christlich geprägtes Land“

Ausdrücklich betont der Entwurf, daß Deutschland „ein christlich geprägtes Land“ sei. Die CDU bekennt sich damit also stärker zum „C“ im Parteinamen. Kirchen und Gemeinden seien wichtige Partner bei der Gestaltung des Gemeinwesens und nähmen „eine wichtige Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge“ ein. Sie seien „gesellschaftspolitische Stabilitätsanker, die Menschen Orientierung geben, Sinn stiften und Seelsorge betreiben“. Christliche Symbole müßten im öffentlichen Raum sichtbar bleiben.

Die CDU bekennt sich zudem zum „Leitbild von Ehe und Familie“.

Zugleich wird Alleinerziehenden sowie Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien mehr Unterstützung zugesagt. Bildung wird als Schlüssel zu Aufstieg und Integration gesehen.

Das Papier betont weiter: „Jüdisches Leben gehört zu Deutschland“.

Zu Musliminnen und Muslimen heißt es: „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.“ Ziel sei hier „ein lebendiges Gemeindeleben auf dem Boden des Grundgesetzes“. Der islamistische Terrorismus und der politische Islam werden als unterschätzte Gefahren angesehen.

Drittstaatenlösung und Kontingente im Asylrecht

In der Migrationspolitik fordert die Partei eine Drittstaatenlösung. *„Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen.“* Im Falle eines positiven Ausgangs des Asylverfahrens soll zunächst der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Gleichzeitig soll es jährliche Kontingente schutzbedürftiger Menschen geben.

Zum Thema Klimaschutz heißt es, daß dieser nur marktwirtschaftlich durchzusetzen sei. Die Partei will dem Klimawandel mit Technologie und Anreizen wie dem Emissionshandel entgegenreten.

Mit Blick auf die Rente wird eine „verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge“ gefordert.

In den Entwurf, der im Präsidium der CDU und im größeren Vorstand diskutiert wurde, floß auch das Ergebnis einer Mitgliederbefragung ein, an der sich nach Parteiangaben 65.000 Mitglieder beteiligten. Das Grundsatzprogramm soll für zehn Jahre gelten.

Mitte Januar soll der Parteivorstand das Papier offiziell beschließen. Danach sollen die Parteimitglieder beteiligt werden. Final verabschiedet werden wird das Papier dann am CDU-Parteitag im Mai kommenden Jahres. Bis dahin könnte es also noch Änderungen am Entwurf geben.

13.12.2023